

Tolle Stimmung beim Prinzenball

Die Narren füllten die Eberbachhalle komplett

Von unserer Mitarbeiterin
Erika Kimmig

Haueneberstein. Comedy, Wortakrobatik, Pantomime, Sketche, Musik und Tänze waren die gut dosierten Zutaten für einen gelungenen Prinzenball, mit dem der SCC (Schunkenbacher Carnival-Club) die närrische Jahreszeit in Haueneberstein eröffnete.

Die Stimmung war bombastisch. Das Publikum in der ausverkauften Eberbachhalle (auch die beiden Wiederholungen sind seit Wochen ausverkauft) hielt es kaum mehr auf den Sitzen. Den Akteuren aus den heimischen Gefilden war es auch im 60sten Jahr wieder bestens gelungen jede Menge Spaß und Unterhaltung zu bieten.

Bereits bei den Klängen des Fanfarenzugs, der in diesem Jahr bereits sein 50-jähriges Bestehen feiern kann, war der närrische Funke schnell auf das Publikum, zu dem auch Oberbürgermeisterin

Margret Mergen und Ortsvorsteher Hans-Dieter Boos gehörten, übergesprungen.

Endlich war es so weit: Das große Geheimnis in der Eberbachgemeinde wurde gelüftet. Vivien I. (Kuklok) und Benjamin I. (Raithel) regieren die Schunkenbacher Narren. Beiden ist die närrische Bühne bestens vertraut. Prinzessin Vivien tanzt schon seit vielen Jahren im Ballett. Beheimatet in der St.-Wendelinus-Straße ist sie auch oft am Hundesportplatz zu finden. Sie fährt gerne Ski und geht auf Rockkonzerte. Im bürgerlichen Leben studiert sie BWL.

Ihr Prinzmahl Benjamin ist seit über zwanzig Jahren bei den närrischen Turnern anzutreffen. Neben dem Sport zählt auch das Musizieren zu seinen Hobbys. Im Musikverein, dessen Zweiter Vorsitzender er ist, spielt er Klarinette und Saxofon. Im bürgerlichen Leben ist der Familienvater Lehrer.

Zu Ehren der närrischen Regenten und zur Freude des Publikums tanzte die Prinzengarde.

Wasserbauer Ignaz alias Bruno Wieber hatte das Publikum gleich für sich erobert. Ihm war das Jahr über nichts entgangen, seien es die Abwassergebühren, der „Einfallreich-tum“ in Politik und Wirtschaft oder die viel zitierte „Russenphobie“.

Ins Märchenreich entführten die Turner die Zuschauer. Bei ihrer Version des „Froschkönigs“ ging es sportlich zu.

Sportlich weiter ging es mit zwei Anglern. Zur Verwunderung des alten Hasen (Michael Wieber) hatte Anfänger Tino Röckel mit seiner recht ungewöhnlichen



INS MÄRCHENREICH entführten die Turner die Zuschauer bei ihrer Version des Froschkönigs, wobei es in Haueneberstein recht sportlich zur Sache ging.

Fotos: Kimmig



WENIG GLÜCK hatte beim Angeln der alte Hase Michael Wieber gegenüber dem Anfänger Tino Röckel.

Anglermethode viel mehr Anfänger-glück.

Zu pffiffigen Musicalmelodien tanzten die Mädels der jungen Showtanzgruppe. Dass man aus „Nichts“ und einem Stück Stoff eine beeindruckende Pantomime zaubern kann, zeigten die Damen des Sammelsuriums. Und Kowa, Mir und ihre Häschen feierten einen gelungenen Junggesellenabschied auf einer Berg-hütte.

Die 90er Jahre sind bei der Tanzformation „Nagys Eleven“ Kult. Lang anhaltender Beifall gab es auch für die beiden knackigen „Grillwürste“.

Kräftige Fanfarenklänge beendeten die Pause, bevor Gonzo Reiß mit seinen Halbsätzen und Wortspielereien allerlei Überlegungen anstellte. „Die nehmen das Geld zu sich, wie ich den Kaffee – nämlich schwarz“, stellte er mit Blick auf einige Sportprominenz fest. Oder

„für Obama sei Skrupel die russische Währung“. Entgangen sind ihm auch nicht der lang anhaltende Lokführerstreik, die Abhöraffaire oder der Stromausfall in Haueneberstein. „Das sag nitt ich – dess isch so“, so sein Fazit.

Anschließend hieß es dann „Manege frei“ für den Showtanz der Prinzen-gar-

Publikum stand auf den Stühlen

Jede Menge zu lachen gab im Wartezimmer eines Zahnarztes. Als schmucke Matrosen unternahm das Männerballett der Kraniche zunächst eine Hafenum-fahrt. Diese endete schließlich mit einem Stopp auf der Reeperbahn.

Die Musiker um Prinz Benjamin heizten mit ihren Ohrwürmern die Stim-

mung weiter kräftig an. Mit eindeutige-m Erfolg. Das Publikum stand schließlich auf den Stühlen. Als Indianer vom Stamme der „Eberapachen“ kamen die „Arschgeigenhansel“ auf die Bühne. Sie deuteten die Rauchzeichen aus dem Westen als einen „Topi-Überfall“. Bei „da geh'n wir halt wieder in die Hall' zum SCC“ oder „Wir stellen vor die Leut' vom Ort“, sang das Publikum lauthals mit.

Es war schon nach Mitternacht, als sich die über Hundert Mitwirkenden des Abends zum großen Finale noch auf der Bühne versammelten. Schwerstarbeit zu leisten hatten die Kulissenschieber, die oft sperrige Requisiten auf die Bühne schleppten. Mit Wortspielereien und allerlei Kuriositäten führten Ex-Präsident Andreas Reiß und Präsident Sven Hirth durch das Programm. Programmchef war Sven Röckel.

„Übertragen die Macht an multinationale Konzerne“

Yvonne Hannewald sieht hohe Risiken durch die geplanten Freihandelsabkommen mit den USA und Kanada

Baden-Baden. Es gehe um soviel mehr als um die Chlorhühnchen, betont Yvonne Hannewald. Die Risiken der geplanten Freihandelsabkommen mit den USA und Kanada seien von gigantischem Ausmaß. Es sei höchste Zeit, dagegen etwas zu unternehmen. Aus diesem Grund habe die in Baden-Baden ansässige Unternehmensberaterin, die in den USA Wirtschaft studiert und dort auch promoviert hat, die Initiative „Bürger für Demokratie“ ins Leben geföhren. Heute Abend um 18.30 Uhr lädt Hannewald zu einem Vortrag mit offener Diskussion ins Kurhaus ein. Unsere Mitarbeiterin Petra Stalbus traf sie vorab zu einem Interview.

Wann war für Sie der Punkt gekommen, zu sagen, jetzt muss ich aktiv gegen die Freihandelsabkommen engagieren?

Das Interview

Hannewald: Letzten Sommer, als mir klar geworden ist, dass wir mit diesen Freihandelsabkommen unsere Demokratie zu Grabe tragen. Wir schaffen die Handlungsfähigkeit des Staates ab und übertragen die Macht an multinationale Konzerne. Ich habe als Bürger keine Möglichkeit mehr, über meine Regierung Einfluss auszuüben. Denn die Freihandelsabkommen sehen vor, dass es einen Regulierungsrat als Supergremium geben wird, der Industrievertretern exklusiven Zugang zu Gesetzesvorhaben einräumt und die nationalen Parlamente entmündigt. Ob Umweltschutz, Verbraucherschutz, Wirtschaft, bei jedem geplanten Gesetz müsste der Regulierungsrat gefragt werden, ob es eine Gewinngefährdung für Konzerne beinhaltet.

Was bedeuten die Freihandelsabkommen für den Bürger?

Hannewald: Die Freihandelsabkommen können alle Bereiche betreffen, weil wir der USA und Kanada freien

Zugang zum gesamten Markt einzuräumen haben und alle Handelshemmnisse abbauen müssen. Wenn beispielsweise ein privater amerikanischer Krankenversicherer auf unseren Markt will, der ja wegen der gesetzlichen Krankenversicherungen nicht frei ist, kann er den deutschen Staat verklagen. Das kann nicht nur zu exorbitant hohen Schadensersatzzahlungen führen – die wir alle mit unseren Steuern zu bezahlen haben – sondern auch zu drastischen Einschnitten in unserem Krankenversicherungssystem. Dasselbe mit Krankenhäusern, da gibt es bereits einige, die nur darauf warten, auf den europäischen Markt zu kommen. Auch die Existenz des öffentlich-rechtlichen Rundfunks steht auf dem Spiel, die Kultur. Subventionen für die Kultur könnten wegfallen, da das derzeitige Moratorium nicht ewig hält,

das würde im schlimmsten Fall die Schließung von Häusern wie auch dem Baden-Badener Theater bedeuten, wenn sich für diese keine private Finanzierung finden würde.

Die EU-Kommission und die deutsche Politik versprechen uns doch aber rosige Zeiten mit den Freihandelsabkommen: mehr Beschäftigung, höhere Umsätze, weniger Zölle ...

Hannewald: Dem möchte ich zunächst einmal entgegenhalten, dass das Handelsabkommen Nafta zwischen den USA, Kanada und Mexiko mit denselben Argumenten schmackhaft gemacht wurde und nichts davon eingetroffen ist. Ganz im Gegenteil wurden die Mexikaner überrannt von amerikanischen Produkten, ihre eigenen fanden aber wenig Eingang in den amerikanischen Markt. Dann muss man doch auch einmal sagen, dass das errechnete Wachstum nur sehr magere 0,05 Prozent pro Jahr sind und dass mit der industriellen Standardisierung auch Ingenieursarbeitsplätze verloren gehen. Viele klei-



DIREKTE EINSCHNITTE befürchtet die Unternehmensberaterin auch im hiesigen Gesundheitswesen.

Foto: Stalbus

nere Mittelständler werden sich nicht leisten können, die geforderten Nachteile jeder einzelnen Komponente ihrer Produkte zwingend zu erbringen. Außerdem: Wir betreiben bereits einen täglichen Handel mit den USA, der sich auf 13 Milliarden Euro beläuft, wo soll denn der weitere Handel mit den USA noch herkommen?

Der Investitionsschutz wurde in den Verhandlungen zwischen der EU und den USA auf Eis gelegt – ein gutes Zeichen?

Hannewald: Die EU-Handelskommissarin Cecilia Malström hat klipp und klar erklärt, dass sie am Investitionsschutz nichts ändern wird. 14 Länder der EU, die sich viel davon versprechen, haben sie darum gebeten, daran festzuhalten. Man muss sich das einmal vorstellen! Da kommt, sagen wir, ein amerikanischer Genfood-Produzent, der sagt, er habe 600 Millionen Euro Ausfall, weil er nicht auf dem deutschen

Markt zugelassen ist, dann darf er das auf sage und schreibe 85 Jahre hochrechnen und Deutschland auf die entsprechende horrende Schadensersatzsumme verklagen. Und dann verhandeln darüber auch noch hinter verschlossenen Türen drei Rechtsanwältinnen, die bestellt wurden, ohne jegliches Gericht, völlig geheim.

Nun hat sich ja kürzlich der Ex-Verfassungsrichter Siegfried Broß dazu gemeldet, der in diesen Schiedsverfahren einen Verstoß gegen deutsches Verfassungs- und EU-Recht sowie einen Systembruch des Völkerrechts sieht. Das Blatt könnte sich noch wenden?

Hannewald: Ja, dann wäre zumindest unser Rechtssystem wieder hergestellt, wenn vor ordentlichen Gerichten und öffentlich verhandelt würde. An der Sache an sich wird sich dadurch aber nichts ändern. Und da das Verklagen von Staaten auf der Grundlage von

Freihandelsabkommen sich jetzt schon als ein höchst erträgliches Geschäftsmodell erwiesen hat, werden uns zuhauf Klagen in zweistelligen Milliardenbeiträgen von multinationalen Konzernen ins Haus flattern – und nur die werden davon profitieren, da sich ein Mittelständler ein solches Klageverfahren aufgrund der hohen Kosten nicht leisten kann. Es sollte reichen, dass sich diese Konzerne mit Versicherungen absichern – es gibt aus meiner Sicht keinen plausiblen Grund, für sie eine Investor-Schutzklausel einzurichten.

Gibt es Reaktionen auf Kritik?

Hannewald: Vergangene Woche hat die EU-Kommission nun etliche Dokumente zu TTIP veröffentlicht. Sie hat damit auf die Kritik reagiert, dass die Verhandlungen geheim abgehalten werden.

Haben diese Dokumente nun mehr Licht ins Dunkel gebracht?

Hannewald: Diese Veröffentlichungen sind ja ganz nett, aber zum einen steht da nichts drin, was nicht schon durchgesickert wäre, und zum anderen ändert die Veröffentlichung ja nichts an den Tatsachen. Wir möchten, dass die geplante Unumkehrbarkeit der Verträge ausgeschlossen wird, ebenso die Investorenschutzklausel und dass der Rat für Regulierung, der die Parlamente entmündigt, nicht kommt.

Mit welchen Maßnahmen wollen Sie das erreichen?

Indem wir in Brüssel massiv vorstellig werden, bei der EU-Kommission und dem EU-Parlament. Wir rufen bei Abgeordneten an und bitten um einen persönlichen Termin, bei dem wir dann über die Abkommen diskutieren. Der Hauptfokus liegt klar auf Brüssel, weil dort die Abkommen entschieden werden. Im Februar werden wir auch bei einer größeren Veranstaltung mit etlichen anderen NGOs vor Ort sein.